

DER SOLDAT: Herr Professor, Sie sind Direktor am Egmont-Institut in Brüssel. Können Sie uns kurz Ihre Arbeit beschreiben?

Prof. Biscop: Das Egmont-Institut ist ein „Think Tank“, eine sogenannte Denkfabrik, die durch Gelder des belgischen Außenministeriums gefördert wird. Unsere Bedarfsträger sind deshalb natürlich das belgische Außen- und Verteidigungsministerium, aber auch die Europäische Union, einige nationale EU-Delegationen und Kooperationsinstitute.

Sie sind anerkannter Experte zum Thema „Europäische Sicherheitsstrategie“. Wie ist Ihre Meinung zur Strategiedebatte in der EU?

Prof. Biscop: Die Europäische Sicherheitsstrategie ist mit Sicherheit keine vollständige „Grand Strategy“. Jedoch ist die ESS in einer Zeit entstanden, als Europa durch den Irak-Krieg gespalten war. Deshalb war die ESS auch ein Meilenstein in der Entwicklung für Europa.

„Die ESS sollte einen strategischen Handlungsrahmen für alle Politikfelder der Europäischen Union vorgeben.“

Allerdings wurde es bereits zu dieser Zeit als „Solana-Papier“ eingestuft, also als reines GASP-Dokument. Das mag der Grund sein, warum man in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Zuständigkeit der Europäischen Kommission wenig bis gar keine Auswirkungen erkennen kann. Vielleicht wird es mit dem Vertrag von Lissabon besser.

Die politische Einigung Europas nach dem Irak-Krieg durch ein strategisches Grundlagenpapier war aber nur ein Nebeneffekt. Die Grundidee war eine andere. Die ESS sollte einen strategischen Handlungsrahmen für alle Politikfelder der Europäischen Union vorgeben. Es mag durchaus stimmen, dass die ESS in vielen Bereichen zu abgehoben ist. Auch ich sage, dass man viel konkreter werden müsste. Die ESS gibt uns Richtlinien vor, wie wir Dinge lösen sollen. Jedoch bleibt sie die Antworten schuldig, wenn es zur Frage kommt, warum wir etwas machen sollen.

Was müsste man Ihrer Meinung nach ändern?

Prof. Biscop: Ändern muss man nicht viel. Die ESS an sich und im Speziellen, die Grundaussagen sind noch immer gültig. Man bräuhete aber Teilstrategien nach unten und eine wirkliche Strategie im Überbau. Die aktuelle Situation sieht mehr nach einer unvollendeten Arbeit aus, also einem Stückwerk, dem sowohl der Über- als auch der Unterbau fehlt.

Zudem muss man sich die Frage stellen, warum wir Missionen durchführen. Die EU ist gut im Krisenmanagement, aber manchmal fehlt das klare strategische Ziel hinter dem Handeln. Mit anderen Worten: Die EU ist auf taktischer/operativer Ebene mit den Operationen und Missionen sehr erfolgreich. Auf der strategischen Ebene besteht noch Handlungsbedarf.

„Die EU ist gut im Krisenmanagement, aber manchmal fehlt das klare strategische Ziel hinter dem Handeln.“

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wurde vor zehn Jahren etabliert. Bislang eine Erfolgsgeschichte – doch wie geht es weiter? Wie wird sich die neue Rolle des Hohen Repräsentanten auf die GASP auswirken, welchen Stellenwert wird der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) haben, in welche Richtung geht die ESVP mit der Möglichkeit einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“, welches Ziel verfolgt die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)? Über diese Fragen und einige mehr unterhielt sich DER SOLDAT mit Professor Dr. Sven Biscop, Direktor am Egmont-Institut in Belgien.



Vielleicht kann man dieses Dilemma damit begründen, dass die ESVP ein junges Politikfeld ist. Deshalb muss sie sich auch immer wieder selbst legitimieren. Und das erzeugt den Eindruck in der Öffentlichkeit, dass Operationen gewählt werden, die Erfolg verspre-

„Durch die Errichtung des Auswärtigen Dienstes hat auf jeden Fall die Hohe Repräsentantin auch ein passendes Werkzeug bekommen, um aktiv und global Herausforderungen angehen zu können.“

chen, also überschaubares Engagement mit erreichbaren Zielen. Mit dieser Einstellung wird man sich aber den wirklichen strategischen Herausforderungen nicht stellen können.

Sie haben zuerst vom Vertrag von Lissabon gesprochen. Was wird sich durch ihn im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verändern?

Prof. Biscop: Lady Ashton, die Hohe Repräsentantin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wird auch den dazugehörigen Rat präsidieren. Gleichzeitig wird sie ein Mitglied der Europäischen Kommission sein. Durch diese Kumulierung der Tätigkeiten wird sie zuallererst sehr mächtig sein, mächtiger als Solana, und dadurch auch viele Initiativen setzen können. Und für die Europäische Union sollte es bedeuten,

dass das Handeln komplexer wird.

Durch den Vertrag von Lissabon wurde auch ein Auswärtiger Dienst der Europäischen Union installiert. Dieser Dienst sollte über ein starkes Element verfügen, das „Policy“-Vorgaben entwickeln kann, also vergleichbar mit der bereits heute existierenden „Policy Unit“ von Helga Schmid im EU-Ratssekretariat. Durch die Errichtung des Auswärtigen Dienstes hat auf jeden Fall die Hohe Repräsentantin auch ein passendes Werkzeug bekommen, um aktiv und global Herausforderungen angehen zu können.

Und wie sehen Sie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit?

Prof. Biscop: Für mich ist diese Neuerung durch Lissabon ein absoluter Mehrwert. Ein EU-Mitgliedstaat kann nun einen anderen EU-Mitgliedstaat suchen und mit ihm militärisch zusammenarbeiten. Allerdings müssen sich die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichten, auch wirklich mehr leisten zu wollen. Nur jene Mitgliedstaaten, die dazu bereit sind, sollten sich auf eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit einlassen. Und wenn man diesen Schritt macht, dann sollte man bedenken, dass vermutlich gerade im Fall von Kleinststaaten die Teilnahme an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit den Großteil des Budgets vereinnahmt wird.

Als Beispiel, wie eine solche Zusammenarbeit in der Praxis aussehen kann, führe ich gerne das EATC, das European Air Transport Command, an. Dieses Komman-

do soll eine bestimmte Anzahl der nationalen A400M Flugzeuge von Belgien, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland „verwalten“. Das Zentrum wird unter einem einheitlichen Kommando stehen und gemeinsam betrieben werden. Die Flugzeuge bleiben aber trotzdem nationale Fähigkeiten. Eine solche Art der Zusammenarbeit könnte ich mir auch für andere Teilstreitkräfte vorstellen, z.B. im Rahmen des EUROCORPS.

Ist diese Entwicklung bereits ein erster Schritt zur Europäischen Armee?

Prof. Biscop: Man kann das durchaus so sehen. Wenn man von nationalen Zwängen bzw. von einem nationalen Fokus wegkommen möchte, dann sollte man sich an den europäischen Bedürfnissen orientieren.

Ein dringender Bedarf für Europa ist sicherlich ein

„Warum also nicht personelle Ressourcen aus den aufgeblähten NATO-Kommanden abziehen und mit ihnen ein EU-Kommando etablieren?“

eigenständiges Operationskommando. Derzeit gibt es drei europäische Organisationen, die Missionen und Operationen durchführen. Das sind die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Europäische Union und die NATO. Und einzig die letztgenannte Organisation verfügt über eine ei-

genständige Befehlskette. Die EU braucht etwas Ähnliches, speziell nachdem die NATO in einigen Regionen der Welt keine Option darstellt – ich erinnere an den Georgien-Konflikt. Warum also nicht personelle Ressourcen aus den aufgeblähten NATO-Kommanden abziehen und mit ihnen ein EU-Kommando etablieren? Dieses Hauptquartier müsste allerdings dann den zivil-militärischen Ansatz verfolgen können, also gleichwertig für zivile Missionen oder militärische Operationen einsetzbar sein, mit anderen Worten für umfassendes Krisenmanagement.

Bleiben wir bei den Operationen und Missionen. Vielfach ist der Kostenfaktor entscheidend für die Beteiligung an einem Krisenmanagementein-satz. Welche Überlegungen gibt es dazu?

Prof. Biscop: Derzeit werden zivile Missionen über das GASP-Budget, also über das EU-Gemeinschaftsbudget finanziert. Die Kosten für militärische Operationen müssen von den EU-Mitgliedstaaten getragen werden. Ich bin der Meinung, dass auch die Kosten für militärische Operationen aus dem Gemeinschaftsbudget beglichen werden sollten, um die Entscheidung über eine Beteiligung nicht von monetären Überlegungen abhängig zu machen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass in diesem Bereich ein adaptiertes UNO-Modell zur Anwendung kommt. Sprich, jeder EU-Mitgliedstaat trägt vorerst seine Kosten für die Entscheidung. Diese Kosten werden jedoch auf die staatlichen Zahlungen nach Brüssel

angerechnet. Dadurch wären Staaten vermutlich gewillter, an Krisenmanagementein-sätzen beizutragen und fehlende Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, wie z.B. Hubschrauber.

Bleibt die Frage des Humankapitals. Verfügt die EU über ausreichend personelle Ressourcen, um Krisenmanagement im großen Stil durchzuführen?

Prof. Biscop: Eine gute und berechtigte Frage. Denn wie man bei EULEX Kosovo sieht, ist es schwierig, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Für den strategischen Bereich gibt es bereits eine bestehende europäische Trainingseinrichtung, nämlich das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg. Für das zivile Krisenmanagement haben wir die informelle „European Group on Training“. Bei diesen Akteuren wäre es zu überlegen, wie man beide sinnvollen Initiativen zusammenbringen kann. Derzeit beschäftigt uns aber auch ein anderes Phänomen. Es werden viele zivile Experten ausgebildet, allerdings, wenn es dann zu einem Einsatz kommt, sind sie in vielen Fällen nicht verfügbar. In der Zukunft muss man diese Schere zwischen Ausbildung und Entsendung schließen.

Zum Schluss noch einmal eine strategische Frage: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Europa und den USA?

Prof. Biscop: Das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten ist entscheidend für viele Fragen. Wir teilen viele Ansichten, haben dieselben Einschätzungen. Deshalb meine ich, dass sich eine neue EU-USA-Partnerschaft entwickeln sollte, ein Forum, in dem die EU mit einer Stimme und auf gleicher



„Ich bin der Meinung, dass auch die Kosten für militärische Operationen aus dem Gemeinschaftsbudget beglichen werden sollten, um die Entscheidung über eine Beteiligung nicht von monetären Überlegungen abhängig zu machen.“

Augenhöhe mit den USA sprechen. Die NATO könnte in einer solchen Partnerschaft die technischen Fragen, wie Interoperabilität, Standardisierung, Operationsführung etc., lösen.

Meine Zukunftsvision wäre, dass die Europäer innerhalb der EU zu einer politischen Willensbildung kommen und sich dann das geeignete Gremium suchen, in dem sie diese Ziele umsetzen können. Das könnte auf der einen Seite die UNO oder OSZE sein, auf der anderen Seite die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten.